

schafter attachiert, und an seine Stelle sind der Ministerialdirigent Dr. Heinz Trützschler von Falkenstein und dessen Stellvertreter, der Legationsrat Günther Schlegelberger, getreten. Auch diese Herren befeißigen sich der Praxis ihres Vorgängers, den Kultusministern die Vertragsentwürfe zur kritischen Einsichtnahme vorzulegen.

Wieweit jedoch deren Korrekturwünsche tatsächlich berücksichtigt werden, darüber gehen die Meinungen sehr auseinander.

Im Februar 1955 setzten die Kultusminister zum ersten energischen Vorstoß an. Kategorisch forderten sie in einer Plenarsitzung: „Wir verlangen, daß keine neuen Abkommen unterzeichnet werden, über deren Text mit den Ländern nicht Übereinstimmung erzielt worden ist.“

Die Wirkung war gleich Null. Es verging ein Jahr, ohne daß die Länder eine Änderung spürten. Daraufhin schrieb am 7. Februar dieses Jahres Baden-Württembergs Kultusminister Simpfendörfer, der gegenwärtige Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister, seinem Ministerpräsidenten in einem vertraulichen Brief: „... wird auch die Bitte ausgesprochen, erneut die Grundsatzfrage der Beteiligung der Länder an dem Abschluß von Kulturabkommen auf die Tagesordnung der (nächsten) Ministerpräsidentenkonferenz zu setzen.“

„Im Rahmen der Überlegungen über den Abschluß und die Durchführung von Verwaltungsabkommen kommt den Kulturabkommen ihrer Natur nach eine Sonderstellung zu, da hier dem Bund das von ihm über das Abschlußrecht hinausgehend beanspruchte Transformationsrecht keinesfalls zustehen kann.“

Wer darf transformieren?

Dieses sogenannte Transformationsrecht ist der Angelpunkt des Gezänks zwischen Föderalisten und Zentralisten. Das Auswärtige Amt leitet sein Recht, Verträge über die kulturellen Beziehungen mit dem Ausland abzuschließen, aus Artikel 32 des Grundgesetzes ab. Dieser Artikel lautet: „Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes. Vor dem Abschlusse eines Vertrages, der die besonderen Verhältnisse eines Landes berührt, ist das Land rechtzeitig zu hören.“

Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein räumen dem Bund zwar die Kompetenz ein, auf diesem Gebiet Verträge abzuschließen, nicht dagegen die Transformationskompetenz, das heißt die Befugnis, diese Verträge in innerdeutsches Recht umzusetzen.

Weitaus radikaler ist die „süddeutsche Auffassung“, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind der Auffassung, daß dem Bund nicht einmal die Abschlußkompetenz zukomme, geschweige denn das Transformationsrecht. Einzig die kosmopolitisch eingestellten Berliner billigen dem Bund beides zu.

Die Länder haben noch einen Grund, dem Bonner Außenministerium zu zürnen. In jedem der bisher abgeschlossenen Kulturabkommen besagt ein bestimmter Paragraph: „Zur Durchführung dieses Abkommens wird eine Ständige Gemischte Kommission gebildet... Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik ernannt im Benehmen mit den beteiligten Bundesministern und den Kultusministern der Länder die Mitglieder der deutschen Gruppe.“

Bis heute ist es allerdings noch nicht gelungen, eine einzige Gemischte Kommission für die vielen inzwischen abgeschlossenen Kulturabkommen aufzustellen.

PARTEIEN

SPD-PARTEITAG

Glatt wie ein Kirchentag

He noch der schwarz und weiß drapierte Chor der Münchner Philharmoniker bei drückender Nachmittagshitze „Leuchte, scheine, gold'ne Sonne“ sang und dem Parteitag der Sozialdemokraten mit diesem Lied ihres Renommier-Poeten Heinrich Lieders einen etwas zu gefühlvollen Auftakt gab, war bereits klar, daß nichts mehr schiefgehen konnte.

Die Propheten, die nach München gereist waren, um bestätigt zu finden, was sie sich nach den Wehrpflicht-Beratungen des Bundestages vorgemacht hatten, kamen nicht auf ihre Kosten. Es gab keinen

- ▷ Direkte Verhandlungen mit Pankow.
- ▷ Anerkennung der Sozial- und der Wirtschaftsstruktur in der Sowjetzone, die von Chruschtschew und Ulbricht als unverzichtbare „sozialistische Errungenschaften“ apostrophiert worden waren.

Das Massenaufgebot der 94 Anträge bewog die Parteispitze, fünf weitere Antragsentwürfe zu formulieren. Diese Entwürfe enthielten eine Vielzahl äußerst umständlich verklausulierter Nebensätze, in denen das Kunststück gelungen war, außer den Bedenken der Amerikaner zugleich auch die geheimsten Sehnsüchte der radikalsten Genossen zu berücksichtigen. Auf diese Weise ließen die fünf Anträge des Vorstands keine Stelle ungedeckt, an der man die Position des Parteivorstandes hätte aufreißen können. 44 der 94 Anträge aus der Provinz waren damit erledigt, weil



Wiedergewählter Ollenhauer mit Unterführern*: Argumente für Gemäßigte und Radikale

Sturm und keinen Riß. Keiner der 386 Parteitags-Delegierten tanzte aus der Reihe.

Im Gegenteil, was im Deutschen Museum zu München nach oft geübter SPD-Tradition über die Bühne ging, offenbarte eine beinahe volksdemokratische Einmütigkeit. Wer sich ob solcher langweiligen Darbietungen enttäuscht zeigte, bewies damit nur, daß er den gefahrlos funktionierenden Mechanismus des SPD-Apparates und seine Parteitage nicht kennt.

Angefangen hatte es mit 94 Anträgen, die von den Bezirken, Landesverbänden, Kreisen und Ortsvereinen in das Bonner Hauptquartier der Partei geschickt worden waren. In ihnen hatten die Funktionäre mittlerer und niederer Garnitur, die mit dem entmutigenden Oppositionsschicksal der Partei hadern, ihre aufgeregten Wünsche und Hoffnungen ausgedrückt — wobei die Heftigkeit, mit der diese zwar ungeduldigen, aber keinesfalls ungehorsamen Parteikorporale räsionierten, in einem direkten Verhältnis zur Machtlosigkeit ihrer Partei stand.

Die lautesten Forderungen hießen:

- ▷ Abbau der Pariser Verträge und aller Wehrgesetze nach einem SPD-Wahlsieg.

Die sich inhaltlich mit den fünf Vorstands-Anträgen deckten.

Nun kam es darauf an, dieser Linie bei den Parteitags-Delegierten die gewünschte Folgsamkeit zu verschaffen. Zu solchem Zweck holte der Vorstand schon am vorletzten Wochenende, 48 Stunden vor Beginn des Parteitages, den Parteiausschuß nach München, eine Akklamations-Maschine, in der die Parteibeamten — die besoldeten Bezirkssekretäre — die ehrenhalber tätigen Genossen majorisieren.

In diesem Parteiausschuß bekamen die fünf Entschließungs-Anträge des Vorstandes die letzte Politur. Und aus Ollenhauers Rede vor dem Plenum des Parteitages war dann jenes bewährte Mittelmaß zu erkennen, das sich mit den Sicherheitsvorkehrungen der Vorstands-Anträge fugenlos deckte.

Ollenhauers Kernsätze boten sowohl den radikalsten als auch den gemäßigsten Genossen etwas. Wer gegen Beziehungen mit Pankow war, hielt sich an den Satz: „Die Aufnahme von direkten Verhandlungen

* Von links nach rechts: Berliner SPD-Chef Franz Neumann, stellvertretender Parteivorsitzender Mellies, Ollenhauer, Bayerns SPD-Chef Waldemar von Knoeringen.

Was den Frauen an uns Männern gefällt



Ja, eins zu null für jenen Mann, der ausgeht – und gut tanzen kann.



Am »Mennen-Mann« zudem erfreut der »Duft gepflegter Männlichkeit«.



Doch ist es nicht der Duft allein, den Mennen schenkt tagaus – tagein:



Nimm Mennen stets nach der Rasur (man braucht davon ganz wenig nur!), das kühlt, entspannt, belebt, erfrischt, die Müdigkeit ist weggewischt. Wenn beim Rasieren was »passiert«, dann wird es gleich desinfiziert!

MENNEN gepflegt, das spricht für sich!

Probeflasche gegen 25 Pf in Briefm. (Schutzgebühr) von Fa. A. Heyn GmbH, Berlin - Wilmersdorf, Abt. A

gen mit Pankow bedeutet... eine einseitige Stärkung der Position der Sowjet-Union, die die Lage nicht erleichtern, sondern erschweren würde...“ Wer für solche Beziehungen war, konnte sich immerhin noch an die Worte halten: „Erst wenn die Bundesrepublik das Höchstmaß von normalen Beziehungen zur Sowjet-Union entwickelt und ernsthafte Sondierungen in Moskau vorgenommen hat, wird klar abzuschätzen sein, was dann noch zur Abwicklung des Verhältnisses Bonn-Pankow unumgänglich sein wird...“

Was aus dem Wehrpflichtgesetz werden soll, erklärte Ollenhauer ebenso vieldeutig: „Die Partei gibt auch nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Allgemeine Wehrpflicht ihre ablehnende Haltung gegenüber diesem Gesetz nicht auf, und sie wird vor und nach den Bundestagswahlen für eine Revision dieser Militärpolitik kämpfen.“ Aber: Die Partei wird sich „nicht bereifinden, auf außenpolitischem Gebiet eine Politik der Zerreißung inter-

STREITKRÄFTE

OFFIZIERSWERBUNG

Die Schulen der Nation

Am Montag, dem 25. Juni, pünktlich acht Uhr morgens, erschienen die Bundeswehr-Obersten Fritz Übelhack, Chef des Stabes im Wehrbereich VI, Bayern, und Erich Rathmann, Leiter der Annahmestelle für Freiwillige in Bayern, im bayrischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus am Salvatorplatz in München und wünschten den Kultusminister, Professor August Rucker, oder seinen Stellvertreter, Staatssekretär Hans Meinzolt, zu sprechen.

Staatssekretär Meinzolt erwartete die Herren schon seit einer halben Stunde. Ihm war von seinem Minister mitgeteilt worden, das Kultusministerium müsse einer Werbeaktion für die Bundeswehr in



Münchner Gymnasium während der Bundeswehr-Werbung: Statt der Werbeoffiziere...

nationaler Verträge, die verfassungsmäßig zustande gekommen sind, zu betreiben.“

Die politische Debatte verlief harmlos-konventionell, ohne Zank, ohne Niveau. Dem Delegierten Behrich aus Hof, der seit je die Trommel zum Streit gegen die Streitkräfte rührt, wurde höflicher Beifall spendiert, als er krakelte: „Wir werden den Barras hinwegfegen. Wir werden die Blankschen Kasernen demontieren. Wir werden mit dem Blankschen Zauber aufräumen.“ Behrich entfachte sogar Heiterkeit. Er meinte: „Wir werden die deutschen Jungs aus den Kasernen herausholen und nach Asien schicken, als Ingenieure, Monteure und als Krankenschwestern.“

Die restlichen 50 Anträge, die durch die fünf Vorstandsanträge nicht erledigt waren, betrafen meist Organisationsfragen. Sie wurden mit verschiedenen Mehrheiten verworfen, dem Vorstand überwiesen oder, wenn der Vorstand es empfahl, angenommen.

Die fünf Anträge des Parteivorstandes wurden von den Delegierten einstimmig gebilligt. Schon als der Partei-Ausschuß die Anträge verabschiedet hatte, prophezeite der Hamburger Bürgermeister außer Diensten Brauer, Mitglied des Vorstandes: „Das geht glatt wie ein Kirchentag.“

Bayerns höheren Schulen die Wege ebnen. Bayrische Bedenken gegen eine solche Aktion waren in einem Gespräch ausgeräumt worden, das kurz zuvor Bundesverteidigungsminister Blank mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundesrat, dem bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner (SPD), gehabt hatte.

Blank und Hoegner hatten verabredet, Bayerns Primaner sollten als erste von Offizieren der Bundeswehr über die Vorteile einer Offizierskarriere im gespaltenen Deutschland unterrichtet werden. Sozialdemokrat Hoegner hatte dann auch im bayrischen Kabinett für die Aktionsfreiheit der Blankschen Werbe-Offiziere plädiert und seinen Ministern zu verstehen gegeben: „Nachdem wir diese Wehrmacht haben, wird nichts anderes übrigbleiben, als sie mal zu Wort kommen zu lassen.“

Die beiden Obersten Übelhack und Rathmann, die morgens ins bayrische Kultusministerium gekommen waren, wollten nun die Einzelheiten vereinbaren.

Die Verhandlungen begannen mit der Bemerkung der Obersten, nach Bonner Anweisung müßten sie spätestens bis mittags 12 Uhr die Richtlinien für die Offizierswerbung erhalten haben, die das bayrische